

**Absender
Fraktion Freie
Wählergemeinschaft**

Drucksachen-Nr.

0043/2022

öffentlich

Anfrage

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion Freie Wählergemeinschaft**

**zur Sitzung:
Hauptausschuss am 16.02.2022**

Tagesordnungspunkt

**Schriftliche Anfrage der Fraktion Freie Wählergemeinschaft
(eingegangen am 18.01.2022): "Bürgerbeteiligung"**

Inhalt:

Mit undatiertem Schreiben (eingegangen am 18.01.2022) bittet die Fraktion Freie Wählergemeinschaft um schriftliche Beantwortung von Fragen zum Thema „Bürgerbeteiligung“ zur Sitzung des Hauptausschusses am 16.02.2022.

Das Schreiben der Fraktion Freie Wählergemeinschaft ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Fragen/Aussagen:

1. Was sind die bisherigen Ergebnisse der internen Beschäftigung der Verwaltung zum Thema Bürgerbeteiligung?
2. Wann ist der Workshop mit den Vertretern der Fraktionen geplant?
3. Reichen die finanziellen und personellen Ressourcen der Verwaltung, um das von der Verwaltung damals vorgeschlagene Vorgehen mittelfristig umzusetzen?

Antwort/Stellungnahme der Verwaltung:

Bei der im letzten Jahr beschlossenen verwaltungsinternen Vorbereitung sollten insbesondere best-practice-Beispiele gefunden, begleitet und – insbesondere hinsichtlich Wirksamkeit und Ressourceneinsatz – ausgewertet werden. In der eigenen Verwaltung sind hierbei insbesondere das InHK-Bensberg und das Projekt der Vollkonversion des Zanders-Geländes zu nennen. Darüber hinaus sollten allerdings auch Erfahrungswerte anderer Städte abgefragt und hierbei beispielsweise auch die Entwicklung in der großen Nachbarstadt Köln betrachtet und analysiert werden.

Während die aktuelle Entwicklung in Köln allerdings verwaltungsseitige Ressourcen in einem Ausmaß benötigt und künftig benötigen wird, welche in der aktuellen Haushaltslage der Stadt Bergisch Gladbach kein Vorschlag der Verwaltung werden können, steht es der Politik selbstverständlich frei, diese Priorität zu setzen und die Verwaltung mit entsprechenden Ressourcen auszustatten. Sollte dieser politische Wille erkennbar sein, können die benötigten Ressourcen konkreter ermittelt und zur Zustimmung vorgelegt werden. Die weitere Entwicklung der aktuellen Ansätze in Köln kann unabhängig davon verfolgt werden und als Erfahrungswert in spätere eigene Überlegungen einfließen.

Was mit wesentlichem Anteil des Arbeitsaufwandes außerhalb der Stadtverwaltung aber mit wohlwollender Begleitung und Unterstützung durch die Verwaltung zwischenzeitlich bereits erfolgt ist, ist die Einrichtung eines Bürgerrates durch die Klimafreunde Rhein-Berg. An diesem Beispiel wird deutlich, dass bei entsprechendem Interesse und Engagement aus Strukturen außerhalb der Verwaltung ebenfalls neue Formate möglich sind und bei diesem Projekt werden wertvolle Erfahrungswerte entstehen, die in die weiteren städtischen Überlegungen einfließen können.

Insbesondere aufgrund der mit der Pandemie verbundenen aber auch der darüberhinausgehenden Arbeitsbelastung der Verwaltung wurde das Thema der Konzeptionierung einer erweiterten Bürgerbeteiligung bisher nicht prioritär bearbeitet und darüber hinaus gibt es die intensive Hoffnung, dass es absehbar eine Zeit nach der Pandemie gibt, in welcher eine Bürgerbeteiligung wieder ohne die entsprechenden Einschränkungen stattfinden kann, damit es überhaupt zu aussagekräftigen und breit gefächerten Praxisbeispielen kommen kann.

Auch bei der ursprünglich von der anfragenden Fraktion vorgeschlagenen Arbeitsgruppe wäre ein wesentlicher Teil der Arbeit bei der Verwaltung verblieben und die Zeit danach wäre aufgrund von Corona weder für Sitzungen noch für Erfahrungswerte aus eigenen oder anderen Projekten geeignet gewesen.

Für eine freie Stelle im Bereich Kommunikation und Marketing konnte zwischenzeitlich ein Kollege gewonnen werden, der ab April seinen Dienst bei unserer Verwaltung aufnimmt und Erfahrungswerte – auch zu einer konzeptionierten Bürgerbeteiligung – aus einer anderen Kommune mitbringt.

Die Verwaltung bleibt somit beim damaligen Vorschlag, kann bisher allerdings aus den genannten Gründen noch keine aussagekräftigen Ergebnisse liefern und somit auch nicht absehbar zu einem Workshop mit den Fraktionen einladen.